

Hannes Hofbauer ■

Der Osten rückt nach Westen. Europas Geographie im Wandel

1. Mai 2004. Tag der Arbeit. Vor 15 Jahren noch ist aus Anlass dieses Feiertages in den westlichen Medien über Maiaufmärsche im Osten berichtet worden, zeigten sich KPdSU-Parteichefs gemeinsam mit dem Politbüro und Generälen auf der Tribüne des Roten Platzes in Moskau unter dicken Pelzmützen den vorbeiziehenden Truppen der Roten Armee; glaubten von Ladislav Adamec und Gustáv Husák bis Nicolae Ceaușescu noch sämtliche Staats- und Parteiführer im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RG) daran, dass der 1. Mai auf immer und ewig ein Kampftag der Arbeiterklasse bleiben würde.

Am 1. Mai 2004 denkt kaum jemand in Osteuropa an das Proletariat. Die neuen Staats- und Regierungschefs huldigen nunmehr westlichen Investoren anstatt östlicher Arbeitskraft. Aus dem Kampftag des Proletariats ist ein Jubeltag des Kapitals geworden. Das Datum für den Beitritt von zehn neuen Ländern zur Europäischen Union hätte symbolträchtiger nicht gewählt werden können.

Nur drei von zehn Ländern mit territorialer Tradition

Insgesamt 75 Millionen Menschen werden am 1. Mai 2004 zu Brüsseler Neubürgern, mehr als die Hälfte von ihnen (38,7 Millionen) sind polnische Staatsangehörige. Tschechien und Ungarn mit je 10 Mio. und die Slowakei mit 5,5 Mio. EinwohnerInnen gehören bereits zu den kleinen europäischen Ländern, gefolgt von Litauen mit 3,7 Mio., Lettland und Slowenien mit etwas mehr bzw. etwas weniger als 2 Mio. EinwohnerInnen sowie Estland (1,4 Mio.), Zypern (0,8 Mio.) und Malta (0,4 Mio.). Bezogen auf die Fläche vergrößert sich der Einfluss der Europäischen Union um insgesamt 734.500 km², fast die Hälfte davon (312.600 km²) entfällt auf Polen. Ungarn mit 93.000 km² und Tschechien mit 78.000 km² sind mit der Größe Österreichs vergleichbar, Litauen mit 65.000 km² und Lettland mit 64.500 km² können sich an Bayern messen, Estlands 45.200 km² entsprechen in etwa den Niederlanden. Slowenien umfasst – bei nur etwa einem Drittel der Einwohnerschaft – ein Gebiet, das so groß wie Hessen ist. (Griechisch-)Zypern (5.900 km²) und Malta (300 km²) sind Zwergstaaten.

In acht der zehn neuen EU-Länder haben die letzten zwei bis drei Generationen „Marxismus-Leninismus“ anstelle bürgerlicher „Politischer Bildung“ in der Schule gelernt; außer Slowenien waren diese Staaten militärisch im Warschauer Pakt und wirtschaftlich

im RGW unter Moskauer Führung zusammengefasst. Nur drei der von Brüssel für EU-fit erklärten Aufnahmekandidaten können auf eine historisch mittelfristige territoriale Stabilität zurückblicken. Außer Polen und Ungarn sind sämtliche Länder des politischen Osteuropas, die nun nach Westen rücken, Zerfallserscheinungen von multiethnisch verfasst gewesenen Staatlichkeiten. Aus der Sowjetunion haben sich die Brüsseler Erweiterer die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen herausgebrochen, aus Jugoslawien die kleine nördliche Teilrepublik Slowenien; Tschechien und die Slowakei mussten erst auseinanderfallen, bevor sich beide unter EU-Ägide wieder in einem neuen Block zusammen finden konnten. Zyperns Territorialität ist seit 1974 praktisch ungeklärt, während Malta als gesamte Insel dem europäischen Integrationsprojekt beitrifft.

Von „Freier Warenverkehr“ bis „Sonstiges“

Nicht von öffentlichen Gütern oder gemeinsamen volkswirtschaftlichen Errungenschaften war die Rede, wenn in Brüssel der „Gemeinschaftliche Besitzstand“ debattiert wurde, der auf beamtendeutsch „Acquis communautaire“ heißt. 20.000 Rechtsakte auf annähernd 80.000 Seiten waren damit gemeint, die – unterteilt in 31 Kapitel („chapter“) – den Beitrittskandidaten vorgelegt wurden. Von „Freier Warenverkehr“ bis „Sonstiges“ hießen die einzelnen Abschnitte. Im zweiten Halbjahr 1998 begann Brüssel mit der Durchsicht – zu deutsch: screening – dieses Rechtsbestandes, der samt und sonders von jedem zukünftigen Mitgliedsstaat übernommen werden musste.

Technisch lief dieses „screening“ folgermaßen ab: jeder Aufnahmekandidat bildete eine eigene Bürokratie aus, die sich in die Themenkomplexe jener 31 Kapitel einarbeitete, die Brüssel seit 1957 als rechtliche Grundlagen der späteren Union angesammelt hatte. Die EU-Kommission ihrerseits ernannte Spezialisten, die das für die einzelnen Kapitel relevante Konvolut den jeweiligen Kandidaten vortrugen. Vom bilateralen Charakter der Gespräche ging ein enormer Druck auf die einzelnen beitriftswilligen Staaten aus, deren Gesandte jeweils alleine dem gesamten Brüsseler Apparat gegenüber saßen. Als Voraussetzungen für die Aufnahme der Antragsteller galten die 1993 in Kopenhagen formulierten Kriterien: „institutionelle Stabilität“, „funktionsfähige Marktwirtschaft“ und die Verpflichtung, „sich die politischen Ziele der Union (...) zu eigen zu machen“. Die bereits in den Römer Verträgen von 1957 genannten „vier Freiheiten“ des Verkehrs von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen stehen nicht zufällig an der Spitze der 31 Kapitel des Acquis communautaire; die Ikonen jeder nach den Prinzipien der unbehinderten Kapitalakkumulation betriebenen Integration gelten als Grundsäulen der Europäischen Union. Um die Kompatibilität mit dem Brüsseler „Besitzstand“ herzustellen, wurden die Beitrittskandidaten dazu verpflichtet, in ihrem nationalen Bereich die Privatisierung möglichst sämtlicher Industrien und Dienstleistungen voranzutreiben, die politische Verwaltung auf Dienststellen für freies Unternehmertum zu transformieren, Justiz und Innenresort zu stabilen Pfeilern bürgerlicher – in ihrem Fall von ausländischen Investitionsinteressen geprägten – Herrschaft zu machen, das Sozialversicherungs- und Rentenwesen

dem Kapitalmarkt zu öffnen sowie in allen öffentlichen Sektoren – vom Gesundheits- über das Wohnungs- bis zum Bildungswesen – volkswirtschaftlich zu sparen respektive diese den Marktkräften anzubieten.

Zuletzt wäre noch darauf hinzuweisen, dass es im gesamten Aufnahmeprozess zwischen EU-Kommission auf der einen Seite und den einzelnen Beitrittswerbern auf der anderen Seite zu keinerlei Verhandlungen gekommen ist, obwohl die Gespräche rund um den Acquis communautaire von Politikern und Medien immer wieder als solche dargestellt wurden. Für die osteuropäischen Staaten ging es einzig und allein darum, den gesamten Bestand an Rechtsvorschriften und kapitalistischer Norm zu übernehmen, während die EU-Spezialisten nichts anderes zu tun hatten, als das Gelingen dieser Maßnahmen zu überprüfen. Verhandelt wurde überhaupt nicht. Einzig gewisse Übergangszeiten bis zur Übernahme der einen oder anderen „Freiheit“ bzw. des einen oder anderen Kapitels standen zur Debatte, wobei die Europäische Union – z. B. im Fall des freien Personen- und Dienstleistungsverkehrs – sich oft längere Fristen ausbedungen hat als die Neubewerber.

Am Freitag, den 13. Dezember 2002 kam es dann im kalten dänischen Kopenhagen zur offiziellen Einladung der Europäischen Union an zehn der zwölf Kandidaten – Rumänien und Bulgarien wurden auf ein späteres Integrationsdatum vertröstet. In der Folge fanden in allen Beitrittsländern (außer in Zypern) Referenden statt, die bei oft erschreckend niedriger Wahlbeteiligung durchwegs Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft ergaben.

Ökonomische Peripherie

Der Zurichtung Osteuropas zur wirtschaftlichen Randzone der westeuropäischen Kerngebiete ging der Zusammenbruch des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) voraus, der sich am 28. Juni 1991 formell auflöste. Die Zeit davor und danach, ein Zeitrahmen von etwa vier bis fünf Jahren, sind als Phase der unmittelbaren Transformation in die Literatur eingegangen. Trotz unterschiedlichen Ausgangslagen in den einzelnen Ländern sowie auch – vor allem in der Slowakei und in Rumänien – kritischer Positionierung zum Projekt der scheinbar alternativlosen Unterordnung osteuropäischer Regionen und Menschen unter die Brüsseler Vorgaben, können drei Grundpfeiler dieser Transformation beschrieben werden:

- Hyperinflation mit darauf folgenden sozialen Schockmaßnahmen,
- Deindustrialisierung mit anschließendem Aufbau verlängerter Werkbänke für westeuropäische, ostasiatische und US-amerikanische Konzerne,
- Umorientierung des Außenhandels in Richtung Westeuropa mit Deutschland an der Spitze.

Die meist dreistelligen Hyperinflationraten der Jahre 1989/90 (Polen mit 600 %) bis 1992/93 (Slowenien mit 200 %) funktionierten als Enteignungsinstrument jener Mehrheit von Bürgern, die nichts anderes als ein Sparbuch und ihre Arbeitskraft zur Verfügung hatten. Die Versprechungen der kommunistischen Periode waren damit auf einen Schlag im wahrsten Sinne des Wortes nichts mehr wert. Daran anschließende Strukturanpassungs-

programme des Internationalen Währungsfonds, die in die Zeitgeschichte als „Schocktherapien“ eingingen, brachten ein Ende staatlicher Subventionspolitik sowie einen von den Regierungen im Auftrag des IWF gewollten Reallohnverlust der Arbeiter in den Staatsbetrieben. In Polen, Slowenien und der Tschechoslowakei verloren die ProletarierInnen ein Viertel ihres Einkommens. Mit einer eigenen Strafsteuer, der so genannten „Popiwiek“, bewirkte Warschau, dass staatliche Betriebe die Löhne einfroren. Arbeitsminister Jacek Kuron vermerkte damals über die Rolle der regierenden Solidarność stolz: „Unsere Stärke bestand darin, dass uns gerade jene unterstützten, die die ersten Verlierer der Marktwirtschaft waren.“

Deindustrialisierung liest sich in den Statistiken des „Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche“ (WIIW) je nach Land als 30 %iger bis 70 %iger Rückgang der Industrieproduktion in den Jahren zwischen 1990 und 1993. Die mit ausländischen Investorengeldern später neu aufgebauten Produktionsstätten fanden ihren wesentlichen Schwerpunkt in der Automobilproduktion sowie in PKW-Zuliefererbetrieben. Der Motor der Transformation, so drückte es der Wiener Wirtschaftswissenschaftler Josef Pöschl aus, sei der Verbrennungsmotor. Die Konzerne, die vom osteuropäischen Boom im PKW- und Komponentenbau profitieren, heißen VW-Audi (mit einem riesigen Motorenwerk in Győr sowie Skoda- und VW-Produktionsstätten in Mlada Boleslav/Tschechien sowie Bratislava), Ford (in Gliwice/Polen), Renault (in Slowenien und mit einer gigantischen Neuinvestition 2004 in Trnava/Slowakei), Suzuki (in Esztergom/Ungarn) und Daewoo (demnächst in Südpolen oder der Slowakei). Ein Großteil der Produktion geht in den Export nach Westeuropa. Die daraus entstehende Abhängigkeit von einer Branche und manchmal nur einem Unternehmen ist typisch für ein peripheres Land: 60 % der ungarischen Exporte des Jahres 2002 sind, laut WIIW-Statistik, „Maschinen und Transportausrüstung“ – also dem Umfeld der Automobilindustrie – zuzuschreiben. In Tschechien sind es 50 % der Exporte, in der Slowakei und Polen 40 %. Die volkswirtschaftliche Verwundbarkeit bei dieser Art abhängigen Industrialisierung liegt auf der Hand. Ihr entspricht auch ein einseitig auf die europäischen Zentrumsländer ausgerichteter Außenhandel, der in Ungarn exportmäßig im Jahr 2002 zu 75 % auf die EU ausgerichtet ist, in Tschechien und Polen zu knapp 70 %, in der Slowakei und in Slowenien zu 60 %.

15 Jahre hat sich Brüssel mit der Hereinnahme osteuropäischer Länder in das Regelwerk der EU Zeit gelassen. Vergleicht man diesen Zeitraum mit dem Wiederaufbauprogramm des Marshall-Planes nach dem Zweiten Weltkrieg, der bereits 1952, also sieben Jahre nach dem Ende der Kampfhandlungen, einen Schlusspunkt unter die Integration Westeuropas setzte, so stellt sich die Frage, warum die Osterweiterung nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatenwelt so lange gebraucht hat. So viel Zeit war offensichtlich notwendig, um einen vollständigen Eigentümerwandel noch vor der EU-Integration zu bewerkstelligen, damit anschließend daran die Struktur- und Regionalförderungen Brüssels in die Budgets der fast ausschließlich aus dem Westen kommenden Unternehmen fließen können.

Am Beispiel der Banken kann der Umfang der Privatisierung anschaulich dargestellt werden. Dieser Sektor ist der volkswirtschaftlich sensibelste, reicht doch der Einfluss der Banken in alle übrigen Branchen hinein. Mehr noch: Wer den Kreditmarkt kontrolliert, bestimmt weitgehend über wirtschaftliche Vorhaben. Wer die Spareinlagen verwaltet, kann auf Einleger und Staat Druck ausüben. Nur logisch, dass westeuropäische Bankhäuser während des ersten Nachwendez Jahrzehnts in die Struktur des Bankensektors aller osteuropäischen Länder eingedrungen sind.

Die Übernahmen östlicher Geldinstitute und ihrer Filialnetze durch westliches Kapital ist im Jahre 2002 weitgehend abgeschlossen. Laut einer Statistik der „Bank Austria-Creditanstalt“ werden Mitte 2002 die Mehrheit aller polnischen, tschechischen, slowakischen, ungarischen und bulgarischen Geldtransaktionen über Banken in Auslandsbesitz getätigt. In Tschechien, der Slowakei und Bulgarien liegt der Anteil ausländischer Geldinstitute am Gesamtmarkt (berechnet auf Basis der Bilanzsumme) zwischen 70 % und 80 %, in Polen bei knapp 70 %, in Ungarn über 60 %. Slowenien mit 33 % bildet eine gewisse Ausnahme, in Rumänien ist der Verkauf noch in vollem Gange. Rechnet man – wie in der Bank Austria-Creditanstalt-Studie – Kroatien und die Ukraine dazu, dann hat sich der Besitz internationaler Bankkonzerne im Osten zwischen 1997 und 2001 von 20 % auf 57 % erhöht. Änderungen von Struktur- und Eigentumsverhältnissen in diesem Ausmaß kennt die Wirtschaftsgeschichte üblicherweise nur nach Kriegen. Sozio-ökonomisch betrachtet hat sich in Osteuropa etwas Vergleichbares abgespielt.

Soziale und regionale Teilungen

Die Auswirkungen der raschen, mit Investorengeldern von außen – eine nennenswerte Akkumulation im Inneren fand faktisch nur durch den russischen Raub- und Plünderungskapitalismus im Erdöl- und Erdgassektor statt – betriebenen Kapitalisierung Osteuropas sind weitreichend. Zwischen Arm und Reich haben sich enorm tiefe Kluften aufgetan. In Polen und Ungarn inklusive Oberungarn (also der Slowakei) hatte es historisch nie einen breiten Mittelstand gegeben, in Böhmen und Mähren hat ein solcher die kommunistische Epoche nur sehr geschwächt überlebt. Also kam es in der Phase der Rekapitalisierung sämtlicher Bereiche des Lebens und Arbeitens zu sozialen Verwerfungen und regionalen Disparitäten größten Ausmaßes. Sozialen Ausgleich und Regionalpolitik begriff die Mehrheit der Bevölkerungen als kommunistische Relikte. Beide waren ideologisch diskreditiert, was sich die Profiteure der neuen Zeit – im wesentlichen große westeuropäische Konzerne – auch kulturell zu Nutze machten. Entsolidarisierung, gleich ob es sich um soziale oder regionale Belange handelte, war gesellschaftlich gewollt.

Freilich nicht von allen. Viele ältere Menschen, vor allem auch solche, die noch im Arbeitsprozess standen, verkrafteten den raschen kulturellen Wandel, der mit der Individualisierung einherging, nicht. Eine Studie des UNICEF-Weltkinderhilfswerks aus dem Jahr 1994 belegt die soziale Brutalität der Wende. Beginnen wir beim raschen, unerwarte-

ten Tod. Mit der Ausnahme der Tschechoslowakei respektive Tschechiens und der Slowakei stieg im untersuchten Zeitraum zwischen 1989 und 1993 in allen osteuropäischen Ländern die Sterberate signifikant. Notierte man im ohnehin krisengeschüttelten Rumänien des letzten Jahres der KP-Herrschaft (1989) 10,6 Todesfälle auf 1000 Bewohner, so waren es vier Jahre später 11,6. Das ergibt einen Anstieg der Sterberate um mehr als 15 %. In Bulgarien betrug dieser Wert im selben Zeitraum unmittelbar nach der Wende (1989-1993) 7,5 %, in Polen 5,2 % und in Ungarn 5,1 %. Zusammen mit Russland und der Ukraine, die in der UNICEF-Studie mitberücksichtigt sind und eine besonders starke Erhöhung der Todesrate aufweisen, starben im Jahre 1993 im Osten um 1,4 Millionen Menschen mehr als vier Jahre zuvor.

Die Autoren der UNICEF-Studie nennen dieses im herrschenden Diskurs über die Wendejahre weitgehend unberücksichtigt gebliebene Phänomen „Transition mortality“. Betroffen davon sind eher Männer als Frauen und von diesen wiederum insbesondere Arbeiter im Alter zwischen 35 und 49 Jahren. Ursachen für die erhöhte Sterberate ortet die Studie in vermehrt auftretendem Herz- und Kreislaufversagen sowie Krebs, des weiteren in sichtbar höheren Selbstmordzahlen (v. a. in Ungarn) sowie einer stark angestiegenen Opferzahl im Straßenverkehr.

Wie stark das Vertrauen der Menschen in Osteuropa in die eigene Lebenskraft im Zuge der Transformation gesunken ist, zeigt auch eine im September 2001 in der Zeitschrift „Spiegel“ veröffentlichte Abtreibungsstatistik. Derzufolge kommen in Russland im Jahr 2000 auf 1000 Geburten 1695 Abtreibungen, in Rumänien 1107, in Ungarn 698 und in Tschechien immerhin noch 415, während die Vergleichszahl für Deutschland bei 153 Abtreibungen auf 1000 Geburten liegt.

Soziale Verheerungen auch in anderen Bereichen. So sank z. B. der Kalorienverbrauch pro Kopf in allen Transformationsländern zwischen 1989 und 1993: in der Tschechoslowakei um 3,3 %, in Polen um 5,1 %, in Ungarn um 5,7 %, in Rumänien um 9,2 % und in Bulgarien um 18 %. Sinkende Geburtsraten im selben Zeitraum zeugen von der Zukunftsangst der Menschen in Osteuropa. 1993 kamen um durchschnittlich 18 % weniger Kinder auf die Welt als 1989, die Rückgänge lagen zwischen -3,3 % in Ungarn und -31,7 % in Rumänien. Demographische Katastrophen dieser Art wirken sich noch mehrere Jahrzehnte später drastisch aus, wenn es in den dann peripher-kapitalistischen Gesellschaften darum gehen wird, Alterssicherung für jene sicherzustellen, die die Wende überlebt haben.

Der Transformation eigen war auch der unbedingte Wille zur Mobilisierung der Arbeitskräfte, die zu Zeiten unkündbarer kommunistischer Arbeits(zwangs)verhältnisse äußerst gering war. Im Weltbankbericht des Jahres 1995 heißt es dazu: „Beträchtliche Einschränkungen der Arbeitskräftemobilität behindern die Arbeitsmärkte in vielen Reformländern. Die Aufhebung dieser Restriktionen (...) kann die Arbeitsmobilität ankurbeln.“ Mobilität der Arbeitskraft, egal ob sie wie in Jugoslawien durch Bürgerkriege oder anderswo durch weniger brutale Deregulierungsmethoden herbeigeführt wurde, bringt in jedem

Fall ihre Verbilligung. Im Weltbankbericht liest sich das folgendermaßen: „Inflexible Löhne können die Umstrukturierung der Beschäftigung unterminieren, selbst wenn andere Märkte gut funktionieren. (...) Vor den Reformen wiesen die ehemaligen Planwirtschaften eine sehr rigide Lohnstruktur auf. Hier verändert sich einiges, doch selbst in einem liberalisierten Umfeld gibt es oft Beschränkungen der Lohnflexibilität, die die Umstrukturierung der Beschäftigung ernsthaft bremsen können. (...) Zu hohe Mindestlöhne begrenzen die Verteilung der Löhne nach unten und verhindern eine Lohnbildung auf markträumendem Niveau.“ Die Sorgen der Banker konnten zerstreut werden. Die Arbeitsmärkte in den Ländern Osteuropas sind heute geräumt. Nutzbar können sie von jenen multinationalen Konzernen verwendet werden, die lohnintensive Teile ihrer Standortketten in Billiglohnzonen auslagern. Während Mitte der 1990er Jahre die durchschnittliche Bruttostundenlohn in den westlichen deutschen Bundesländern bei 44.- DM und in Ostdeutschland bei 26,50 DM gelegen war, betrug sie in Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien zwischen 3.- und 4.- DM, in Rumänien 1,40 DM. Im Jahr 2002 beträgt der durchschnittliche Facharbeiterlohn in Ungarn bloß ein Viertel des deutschen Durchschnittslohnes, in der Ukraine ein Zweiunddreißigstel (!). Die westeuropäischen und US-amerikanischen Konzerne wissen diese Differenz zu nutzen.

Voraussetzung für die angesprochene „Räumung“ des Arbeitsmarktes war neben Flexibilisierung und Deregulierung auch schlicht die Reduzierung der hohen Zahl an ArbeiterInnen. Mehr noch als die Arbeitslosigkeit drückt der Rückgang der lohnarbeitenden Bevölkerung den Strukturwandel in Osteuropa aus. War es in Kommunezeiten, die freilich keinen Arbeitsmarkt kannten, üblich, dass Männer und Frauen gleichermaßen beschäftigt waren, so passten sich die EU-Beitrittskandidaten innerhalb von zehn Jahren allesamt an das bürgerliche Gesellschaftsmodell an. Seine flexibel und dereguliert ausgeformte und von struktureller Arbeitslosigkeit geprägte Struktur benötigt wesentlich weniger Lohnabhängige als die kommunistische Vorstellung einer Arbeitsgesellschaft. Vor allem Frauen fielen während der ersten Transformationsdekade aus den geregelten Beschäftigungsverhältnissen heraus. Im traditionellen Industrieland Tschechien (Böhmen und Mähren) sind im Jahr 2000 – unabhängig von der immer höher werdenden Zahl von Arbeitslosen – um 39 % weniger Personen unselbständig beschäftigt als zehn Jahre zuvor (das sind 1.974.000 Menschen), in Bulgarien waren es gar 54 %, in Rumänien 46 %, die aus dem Arbeitsprozess hinausfielen. In Ungarn ging der Beschäftigtenstand während des Transformationsjahrzehnts um 35 % zurück, in Polen um 16 %. Alles in allem gingen, nach den vom WIIW zusammengezählten offiziellen Statistiken, in den osteuropäischen Beitrittsländern (ohne das Baltikum, für das keine vergleichbaren Zahlen vorliegen) zwischen 1990 und 2000 10,5 Millionen Arbeitsplätze verloren; das entspricht dem gesamten Stand an unselbständig Beschäftigten in Polen.

Parallel dazu kletterte die Arbeitslosenrate auf teilweise astronomische Zahlen. 2002 betrug sie laut Statistiken in Polen und der Slowakei 20 %, in Bulgarien 18 %, in Estland 13 %, in Tschechien 8 %, in Lettland, Litauen und Rumänien jeweils knapp über bzw. un-

ter 8 %, in Slowenien 7 % und in Ungarn 6 %. Am Vorabend der gewünschten Beitritte zur Europäischen Union stehen damit in den zehn Kandidatenländern knapp über 6 Mio. arbeitssuchende Menschen ohne Erwerbsmöglichkeit da.

Ersetzt wurden die ehemals geregelten Arbeitsverhältnisse durch das ganze bekannte Sortiment postfordistischer Überlebensstrategien. Kioskkapitalismus, allerlei deregulierte Jobs in so genannten „Schwitzbuden“, Wanderarbeit, Migration und die Flucht in eine subsistente bzw. teilsubstante Lebensweise gedeihen zwischen Baltikum und Balkan, indirekt gefördert durch die von Weltbank und Währungsfonds geforderten Mobilisierungen des Arbeitsmarktes.

Die sozialen Teilungen kennen ihre regionale Entsprechung. Am Beispiel der Slowakei kann das Auseinanderfallen der einzelnen Regionen beobachtet werden. Die republikweit hohe Arbeitslosigkeit von 20 % fällt einem im Stadtbild von Bratislava nicht auf. Die Region um die Hauptstadt konstituiert die große Ausnahme im Lande; hier genießen überdurchschnittlich viele Menschen ein höheres Lebensniveau. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, auch wenn es als statistische Größe die soziale Differenz außer Acht läßt, weist für die Region Bratislava – kaufkraftbereinigt – einen Wert auf, der sich mit EU-Städten durchaus messen kann. Der Osten, Süden und Norden des Landes hat ein vergleichsweise drei Mal geringeres BIP/Kopf. Das absolute Armenhaus der Slowakei liegt um die Städte Prešov und Svidník, wo die Arbeitslosigkeit bis zu 60 % beträgt. Auch in der ehemaligen Rüstungsschmiede Martin stehen 35 % der ehemals Werkstätigen ohne feste Arbeit da. Weder die slowakische Regierung noch die Brüsseler Erweiterer haben auf diese soziale Frage eine Antwort. Außer vielleicht jener zynischen, demnächst eine Kriseninterventions-truppe von 60.000 Mann aufzustellen. Doch soziales Elend militärisch oder polizeilich bekämpfen zu wollen, kann auf die Dauer nicht funktionieren.

Eine Integration – viele Geschwindigkeiten

Das Europa der vielen Geschwindigkeiten ist längst Wirklichkeit. Regionen driften vom Entwicklungspotential her auseinander und Klassenunterschiede vergrößern sich stetig. Westeuropäische Kernstaaten wie Deutschland werden einen verstärkten Druck auf den Arbeitsmarkt verspüren, der nicht nur innerhalb des so genannten Integrationsraumes soziale Errungenschaften in Frage stellen, sondern ständig und vermehrt auch von außen stattfinden wird. Lohndifferenzen von 1:30 zwischen Berlin und Lviv/Lemberg garantieren unruhige Zeiten für Europa.

Die den wachsenden Klassenunterschieden und Disparitäten zugrunde liegende Entsolidarisierung hat erschreckender Weise tiefe gesellschaftliche Wurzeln geschlagen. Nicht nur in den postkommunistischen osteuropäischen Gesellschaften, sondern auch im Westen Europas herrscht ein neoliberaler Diskurs, der all die sozialen Verwerfungen und regionalen Differenzen als etwas Positives betrachtet. Die politischen Gruppierungen von sozialdemokratisch bis christlich-konservativ haben neoliberale Kader ausgebildet, die

sich in den entscheidenden wirtschaftlichen Fragen nicht mehr voneinander unterscheiden. Dort, wo – vor allem im Osten – dem hegemonialen Diskurs Widerstand entgegengesetzt wird, schweigen ihn die Medien entweder tot oder diffamieren ihn als alt-kommunistisch und/oder nationalistisch. Dies gelingt umso einfacher, als auch die Medienlandschaft Osteuropas – wie die anderen Branchen auch – in die Hände großer westeuropäischer, v. a. deutscher Konzerne geraten ist. So kontrollieren beispielsweise in Tschechien die Rheinische Post (Mlada fronta dnes, Lidové noviny), die Passauer Neue Presse (sämtliche Regionalblätter) und der Scheizer Riese Ringier (Blesk) das Tageszeitungsgeschehen. In Polen, der Slowakei, Rumänien und Ungarn sieht die neue Eigentümerstruktur in der Medienlandschaft strukturell ähnlich aus.

Die fehlende bzw. totgeschwiegene Opposition zum ökonomischen Kolonialismus, wie er von Brüssel in Osteuropa – und nicht nur in den neuen Beitrittsländern – betrieben wird, stellt über kurz oder lang die Frage nach dem demokratischen Gehalt dieser liberalen Politik. EU-Europa scheint auf dem Weg zu einer spezifischen Form von Kapitaldiktatur zu sein, die gesellschaftliche Zustimmung nur mehr über das Mittel des Konsums erhält. Was mit jenen passiert, die sich diese Form der Kompensation für fehlende Demokratie nicht mehr leisten können: Das wird Brüssel in Zukunft beschäftigen, und zwar sowohl in sicherheitspolitischer als auch in finanzieller Hinsicht.